

Wir wünschen allen Schülerinnen und Schülern, allen Lehrenden ein erfolgreiches Schuljahr 2018 / 2019.

Die Linke wird weiterhin fordern, dass Schulausfallstunden die Ausnahme bleiben sollen, dass alle Schulen sowohl technisch als auch personell so ausgestattet werden, dass eine optimale Bildung für alle Lernenden möglich ist. Dazu gehören neben Lehrerinnen und Lehrern auch ausreichend Stellen für die Schulsozialarbeit und Migrationslehrkräfte.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

8. Ausgabe / 28. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

14. August 2018

1971 meinem Sohn gewidmet

*Viele kleine Stiefelchen trappeln durch die Welt,
lauter bunte Stiefelchen. Hat sie wer gezählt?*

*Treppen rauf und runter,
in die Pfützen munter,
über Schnee und Glätte
schlittern um die Wette,
rennen, hopsen, stehn.
Gibt's da was zu sehn?*

*Viele kleine Stiefelchen sind am Abend müd,
stehen vor der Türe, schlafen, bis es früh,
schlafen, bis es Tag wird. Eines Tages: "Nein",
sagt der Zeh zum Stiefel, „du bist mir zu klein!*

*Brauche neue Stiefel so und so, soo groß;
Muss nun in die Schule, morgen geht es los.
Werde fleißig lernen und ganz schnell verstehn,
sind ja nur paar Stunden, und dann darf ich
gehn*

*wieder tollen, springen, an der Kreuzung –
Halt!*

*Ich soll warten lieber,
Autos fahrn vorüber.*

*Abertausend Stiefelchen, bunt und ungezählt!
Lauft nur zu, ihr Stiefelchen, durch die ganze
Welt!*

(Oktober 2015)

*Heute quälen Stiefelchen sich durch zähen
Schlamm,
müde kleine Füße, Fingerchen sind klamm,
keine Milch am Morgen, kalter Regen rinnt
und so geht, so flüchtet durch die Welt ein Kind.*

LINKE fordert unverzügliche Sonderregelungen für Migrationsschulen

Mit einem Brandbrief an den Ministerpräsidenten und den Bildungsminister hat das Kollegium der Gemeinschaftsschule Kastanienallee in Halle-Neustadt noch vor den Sommerferien erneut auf die Notsituation in ihrer Schule hingewiesen und durchgreifende Verbesserungen für das in drei Wochen beginnende Schuljahr gefordert. Zur besonderen Situation an der wachsenden Zahl von Grund-, Sekundar- und Gemeinschaftsschulen vor allem in den beiden Städten Halle und Magdeburg und zu den dafür jetzt dringend erforderlichen Maßnahmen erklärt der Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Lippmann:

„Für die lautstarken Notrufe aus immer mehr Schulen gibt es sehr handfeste Gründe. Ihnen steht in ihrem schulischen Alltag inzwischen im sprichwörtlichen Sinne das Wasser bis zum Hals. Wenn die Landesregierung und insbesondere das Bildungsministerium hier weiterhin nur zusehen, ohne durchgreifende Sofortmaßnahmen zu ergreifen, werden die Kollegien untergehen. Sie sehen sich zunehmend nicht mehr in der Lage, den massiv steigenden Belastungen weiterhin Stand zu halten und ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag für alle ihre Schülerinnen und Schüler zu erfüllen. Von Erfolg beim Bildungserwerb kann unter diesen Bedingungen mancherorts kaum noch die Rede sein.

Im Zuge der verschiedenen Migrationsbewegungen hat sich in den letzten Jahren an einer wachsenden Zahl einzelner Schulstandorte die Zahl der Migranten drastisch erhöht.

weiter auf Seite -2-

Fortsetzung von Seite -1-

Da mit dem wachsenden Anteil der Migranten an der Gesamtschülerschaft meist auch noch ein fortschreitender Personalmangel einhergeht, sind gravierende Sondersituationen entstanden, die jetzt Sondermaßnahmen erfordern.

Fast die Hälfte der Schüler*innen aus migrantischen Familien besucht Grundschulen. Die älteren Schüler*innen werden zum weitaus größten Teil den Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen zugewiesen. In diesen Schulformen gibt es inzwischen vor allem in den beiden Städten Halle und Magdeburg, aber auch in weiteren Städten in den Landkreisen wie etwa in Stendal oder Merseburg erhebliche Probleme, wenn Schulen einen Anteil ausländischer Schüler*innen von weit mehr als 20 Prozent, in extremen Fällen bis zu 70 Prozent, aufweisen.

Es ist nur ein kleiner Anfang und reicht bei Weitem nicht aus, wenn durch das Bildungsministerium jetzt ermöglicht wird, dass in den drei kreisfreien Städten die Grundschüler*innen besser auf die einzelnen Schulen verteilt werden. Die Probleme bestehen auch in anderen Städten und auch in Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Vor allem aber muss klar sein, dass sich der Anteil der ausländischen Schüler*innen an diesen Migrationsschulen (Anteil von migrantischen Schüler*innen deutlich über 25 Prozent) nur langsam und auf längere Sicht absenken lässt. Vorerst wird

allein durch diesen Schritt nur wenig Entspannung eintreten.

Neben einer besseren Steuerung bei der Zuweisung an die jeweiligen Schulen sind Sondermaßnahmen für die Personalausstattung dringend erforderlich. In den Migrationsschulen kommt es mehr als anderswo darauf an, die schulische Entwicklung der Schüler*innen durch ausreichendes und geeignetes pädagogisches Personal zu unterstützen.

Die LINKE fordert deshalb unverzügliche Sonderregelungen für Migrationsschulen:

* Aus den unbesetzten Stellen des laufenden Ausschreibungsverfahrens sofort bis zu 100 Stellen für Migrationslehrkräfte auszuschreiben, die – auch als Seiteneinsteiger – insbesondere als Klassenleiter und für die Sprachförderung eingesetzt werden können.

* Mit der Aufstellung des Landeshaushaltes für 2019 die Voraussetzungen zu schaffen, 100 Schulsozialarbeiter einstellen zu können

* In den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Migranten in besonderen Lerngruppen unter entsprechender Berücksichtigung ihrer schulischen Entwicklung der Hauptschulabschluss unter erleichterten Bedingungen erworben werden kann (ähnlich wie beim produktiven Lernen)

Geld für Kinderbetreuung ist keine Verschwendung, sondern eine Investition in die Zukunft

Zum Streit in der Landesregierung um die künftigen Kosten der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt erklären die kinderpolitische Sprecherin Monika Hohmann und der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann:

„Bei der transparenten Finanzierung der frühkindlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen und dem zügigen Übergang zur Gebührenfreiheit für Eltern ist und bleibt Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich ein Entwicklungsland. Qualitativ hochwertige Kindertageseinrichtungen für alle Kinder sind am Ende nicht viel billiger zu haben, als die Bildung in den allgemeinbildenden Schulen – und die kostet etwas mehr als 1 Milliarde Euro. Das ist weder teuer noch Verschwendung – es ist bestens investiertes Geld und das muss

von den öffentlichen Haushalten aufgebracht werden. Statt über die Höhe der Ausgaben zu lamentieren, sollten die Debatten vielmehr auf den transparenten und zielgerichteten Einsatz der Finanzmittel gerichtet werden. Denn nach wie vor ist unklar, wieviel Geld tatsächlich von Land, Kommunen und Eltern ausgegeben wird und in welchem Umfang es der Bildung und Betreuung der Kinder zugutekommt. Immer mehr Geld in das System zu geben ohne seine Wirkung zu steuern, ist in der Tat ineffizient und zu kritisieren. Ohne ein grundlegend neues Finanzierungssystem bleiben die Kindertageseinrichtungen ein Fass ohne Boden, über das immer wieder trefflich gestritten werden kann.

Während es in anderen Bundesländern längst wir-

kungsvollere Regelungen auf dem Weg zu einer Gebührenfreiheit für die Eltern gibt, will Sachsen-Anhalt den am wenigsten geeigneten Weg über die Übernahme der Elternbeiträge von jüngeren Geschwistern gehen, sofern diese auch Kindertageseinrichtungen besuchen. Dabei soll diese Entlastung aber auch noch mit der Reduzierung des bisherigen Rechtsanspruchs von bisher 10 auf nur noch acht Stunden gegenfinanziert werden. Den Preis für die neuen Regelungen werden also diejenigen Eltern bezahlen, die künftig mit hohen Gebühren Betreuungsstunden dazukaufen müssen und deren Kinder von der Gebührenfreiheit nicht profitieren werden.

Die bisher bekannt gewordenen Pläne der Landesregierung zur Reform des Kinderförderungsgesetzes sind insgesamt ungeeignet, die Finanzierung und qualitative Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen auf ein solides Fundament zu stellen. Die Probleme und Verwerfungen werden damit fortgeschrieben und die Unzufriedenheit bei Eltern, Erzieherinnen, Trägern und Politik wird weiter wachsen.

Wie es besser geht hat Die LINKE mit ihrem Gesetzentwurf gezeigt, der schon vor mehr als einem Jahr vorgelegt wurde und seitdem ohne Behandlung im zuständigen Ausschuss liegt.

In Berlin und (H)alle dabei – Was gemeint ist, wird nicht immer auch so gesagt

Woran denkt ihr, wenn ihr lest, dass eine Sitzung beendet wurde? Klar. Da saßen ein paar Menschen zusammen, die aus einem bestimmten Grund und mit einem bestimmten Ziel eine Sitzung abgehalten haben. Die Sitzung wurde erfolgreich abgeschlossen, also konnte sie beendet werden. Welches Bild habt ihr aber im Kopf, wenn die Sitzung abgebrochen worden wäre? Da lief wohl irgendetwas schief und die TeilnehmerInnen kamen zu keiner Einigung oder zerstritten sich, weshalb das Ziel nicht erreicht und die Sitzung vorzeitig abgebrochen werden musste. Zwischen einem Abbruch und einem Beenden liegen Unterschiede. Diese Unterschiede bewirken etwas bei uns im Kopf, wenn wir diese Begriffe hören oder lesen. Sie wecken sofort Assoziationen und Gefühle, die uns zum Handeln bewegen und uns eine Meinung bilden lassen.

So etwas nennt man Framing und so manche Medien und PolitikerInnen sind sehr geschickt darin, jene gedanklichen Deutungsrahmen zu nutzen, um die Meinung von BürgerInnen zu formen. Denn Sprache aktiviert jene Deutungsrahmen im Gehirn und verleiht Fakten eine Bedeutung, hebt Realitäten hervor oder lässt sie verschwinden, erklärt es die Linguistin Elisabeth Wehling.¹ Sie nutzt als Beispiel den Frame vom ‚Schwangerschaftsabbruch‘ – ein hochaktuelles politisches Thema – und erläutert, dass zunächst durch den Begriff ‚Schwangerschaft‘ ein Bild einer schwangeren Frau aktiviert werde. Beim Wort ‚Abbruch‘ denken wir an einen Prozess, der in guter Absicht begann und scheiterte. Ein Abbruch sei ein negativ

besetztes Ereignis, das ein Versagen unterstelle. Das bedeute, dass eine Schwangerschaft also ursprünglich gewollt und dann aber nicht zu Ende gebracht werden wollte, die Schwangere also versagte oder scheiterte, schreibt Wehling. Was in diesem Frame folglich verschwiegen werde, sei der Fakt, dass eine Schwangerschaft genauso gut auch von Anfang an nicht gewollt gewesen und aus diesem Grund vorzeitig beendet worden ist.² Sprechen wir also von einem Schwangerschaftsabbruch, dann werden Frauen, auf die letzteres zutrifft, verschwiegen. Auf diese Weise formt Sprache unsere Realität. So funktioniert übrigens auch das generische Maskulinum. Denken wir an den Arzt, assoziieren wir nicht unbedingt sofort auch die Ärztin mit. Die weibliche Hälfte verschwindet sprachlich und somit auch in der Wahrnehmung. Aber das ist eine ganz andere wichtige Debatte.

Übrigens hat schon ein weises Beuteltier auf den Umstand hingewiesen, dass Sprache Macht bedeutet und dies anhand der vertauschten Bedeutung der Begriffe ‚Arbeitnehmer‘ und ‚Arbeitgeber‘ erläutert. Denn wer gibt denn hier nun wirklich die Arbeit und wer nimmt sie? Es sei schließlich so, referiert das Känguru, „dass man dem Geber Dank schuldet, wohingegen der Nehmer zu danken hat [...]“.³ Denn eigentlich gebe die/der ArbeitnehmerIn ihre/seine Arbeitsleistung der/dem ArbeitgeberIn und die/der ArbeitgeberIn nehme diese entgegen und nicht umgekehrt.⁴ Denkt da mal drüber nach – zum Beispiel bei der nächsten Steuerdebatte im Bundestag. Wenn wieder die Rede vom Steuerzahler beziehungsweise

der Steuerzahlerin ist, hinterfragt mal die Bedeutung des Zahlens. Zahlen tun wir, so beschreibt Wehling, nur für eine Leistung. Eine Steuerzahlung sei folglich eine Transaktion zwischen dem Staat und den BürgerInnen. Wir zahlen Steuern und das Dienstleistungsunternehmen Staat erbringt dafür eine Leistung. Die BürgerInnen werden durch diesen Frame von jeglicher Mitwirkung ausgeschlossen. Das negiere eine gemeinsame Verantwortung von Staat und BürgerInnenschaft, obwohl dies doch eigentlich das Anliegen einer Demokratie darstellt.⁵ Die BürgerInnenbeteiligung geht also schon bei der Steuer verloren. Kein Wunder, dass da Frust aufkommt. Frust kommt auch auf, wenn es um das neue Wort ‚Transitzentrum‘ geht. Ein Zentrum ist der Mittelpunkt von etwas und ein Transit ist eine Durchfuhr oder eine Durchreise. Was steckt nun dahinter? Ein Zentrum für Menschen, die auf der Durchreise sind? Wohin? Die sogenannten Transitzentren dienen keiner Durchreise, sondern dem Festsetzen von Menschen, die auf der Flucht sind. Sie sind nicht auf einer Durchreise in den Urlaub, sondern versuchen vor einer Gefahr in Sicherheit zu kommen. Stattdessen werden sie nun in speziellen Lagern zentriert. Da hilft es auch nichts, den Begriff abzulehnen. Das Konzept dahinter ist menschenverachtend und muss umgehend verhindert werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt und die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle laden ein:

Donnerstag, 20.09.2018, 18 Uhr,
szenische Lesung mit Schauspiel und Musik
Liebe als Kapital – Kopf über Herz voraus
Jenny und Karl Marx und ihr Weg in die Politik
Eine Veranstaltung zu Ehren des 200. Geburtstages von Karl Marx
mit Caroline Vongries, Autorin & Journalistin,
Rezitation & Moderation und dem theatrum
Hohenerxleben: Judith Kruder, Schauspiel &
Dramaturgie, Hubertus von Krosigk, Schauspiel
& Gesang, Josefin Rabehl, Musik & Gesang
Eintritt frei!

Im Schaufenster des Neuen Theaters, Große
Ulrichstraße 51, 06108 Halle (Saale)
Gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-
Anhalt mit der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat
Halle.

Aufgepasst bei dem, was gesagt wird! Sprache bedeutet Macht und diejenigen, die wissen, wie sie die Sprache so einsetzen müssen, dass sie damit die Gedanken der Mitmenschen und so auch ihre Realität beeinflussen, üben große Macht aus. Wir sollten also immer mal wieder innehalten und die Begrifflichkeiten, die wir aus der Politik und den Medien zu hören und zu lesen bekommen, kritisch hinterfragen. Damit soll nicht gesagt sein, dass jene Bereiche Lügen erzählen. Von Fake News – also bewussten Falschinformationen – ist hier nicht die Rede. Aber Menschen neigen dazu, mit Hilfe der Sprache Sachverhalte zu verschleiern, zu beschönigen und damit Absichten zu verfolgen, die, wenn sie unreflektiert aufgenommen wird, Schaden anrichten, diskriminieren oder verschweigen kann.

¹ Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Edition medienpraxis. Herbert von Halem Verlag, S. 17 f.

² Vgl. ebd., S. 148 f.

³ Kling, Marc-Uwe (2017): Die Känguru-Offenbarung. Ullstein Taschenbuchverlag, S. 117.

⁴ Vgl. ebd., S. 117.

⁵ Vgl. Wehling (2016), S. 104 ff.

Senioren-Café am 29.08.18 ab 14:30 Uhr

im Linken Laden, Leitergasse 4

„Alle Macht den Nanas !“,
Lichtbildervortrag von Elke Prinz über
die Weltenbürgerin Niki de Saint Phalle

Vorschau September:

**Gemeinsames Basis-Treffen der BO
Riebeckplatz/Hofjäger und Silberhöhe**

am 12.09.18 ab 17 Uhr im Linken Laden :

Gesprächsrunde/Diskussion

mit Dr. Achim Bittrich,

Landesschatzmeister

DIE LINKE, Sachsen-Anhalt,

über akt. Probleme u. Themen der

Landespolitik

Gäste sind herzlich willkommen!

Senioren-Café am 26.09.18 ab 14:30 Uhr

im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Die Jägers - ein deutsches Schicksal“

(Biografische Lesung)

UND JETZT, EUROPA?



Wir müssen reden!

Bürgerdialog zur Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch
überparteilich, unabhängig, offline und online



Donnerstag, 30. August 2018
18.30 Uhr
Stiftung Händel-Haus, Große Nikolaistraße 5
06108 Halle (Saale)

www.eud-buergerdialoge.de
#EUD_dialog

Eine Veranstaltungsreihe der Europa-Union Deutschland e.V.

18.30 Uhr

Begrüßung

Dr. Linn Selle, Mitglied im Präsidium der Europa-Union Deutschland

18.45 Uhr

Wohin mit Europa?

Einführendes Gespräch

Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

Moderation: Vera Wolfskämpf, freie Journalistin

Diskutieren Sie online mit!



www.eud-buergerdialoge.de

Wie steht es um die Zukunftsfähigkeit der EU, ihre Solidarität und die Handlungsfähigkeit Europas?

Wie gehen wir mit dem wachsenden Populismus und Renationalisierungstendenzen um? Wie steht es um die Erungenschaften eines friedlichen und wertegeleiteten Europas? Welche Rolle soll Europa als Partner in einer Welt im Umbruch einnehmen?

Mit unserem Kooperationspartner Treffpunkt Europa bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Ihre Meinung auch außerhalb der Veranstaltung zur Diskussion zu stellen.

19.15 Uhr

Parallel laufende Themenräume

1. Europas Rolle in der Welt: Werte, Außenpolitik, Sicherheit, Migration

Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

Arne Lietz, Mitglied des Europäischen Parlaments

Valerio Morelli, Referent Europaabteilung im Auswärtigen Amt

Moderation: Vera Wolfskämpf, freie Journalistin

2. Wirtschaft und Soziales: Arbeit, Binnenmarkt, Verbraucher-, Sozialstandards

Nora Schmidt-Kessler, Hauptgeschäftsführerin NORDOSTCHEMIE

Dr. Linn Selle, politische Referentin Verbraucherzentrale Bundesverband

Frank Sitta, Mitglied des Deutschen Bundestages

Moderation: Torsten Rößler, radio SAW

20.45 Uhr

Gemeinsamer Abschluss

Berichte aus den Themenräumen

20.55 Uhr

Schlusswort

Thomas Rieke, Vorsitzender der Europa-Union Sachsen-Anhalt

Christian Scharf, EUROPE DIRECT Sachsen-Anhalt / Halle

21.00 Uhr

Ausklang bei einem kleinen Imbiss

Programmänderungen vorbehalten.

Bürgerdialog in Halle (Saale)
Donnerstag, 30. August 2018, 18.30 Uhr
Stiftung Händel-Haus, Große Nikolaistraße 5,
06108 Halle (Saale)

Anfahrt

ÖPNV bis Haltestelle Marktplatz, Neues Theater oder Hallmarkt mit jeweils 5 Minuten Fußweg. Kostenpflichtige Parkplätze in der Umgebung.

Anmeldungen

www.eud-buergerdialoge.de
info@europa-union.de
Tel. 030-303620-133
Fax 030-303620-139



Eine Zusammenarbeit der Europa-Union Deutschland e.V. mit dem EUROPE DIRECT Sachsen-Anhalt / Halle, der Europa-Union Sachsen-Anhalt mit ihrem Kreisverband Halle und den Jungen Europäischen Föderalisten Halle.



Der Bürgerdialog beteiligt sich an der aktuellen Befragung der Bürger durch die Bundesregierung zur Zukunft der EU.

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29
10178 Berlin

Tel. 030-303620-133
Fax 030-303620-139

info@europa-union.de
www.europa-union.de

www.eud-buergerdialoge.de • #EUD_dialog

www.facebook.com/EUDBuergerdialoge

Bürgermeisterwahlen in Landsberg

Wir unterstützen Steffen Müllers Bürgermeisterkandidatur! Linke in Landsberg tritt ohne eigenen Bewerber an

Trotz großer Bemühungen einen geeigneten Bewerber aus den eigenen Reihen zu finden, gelang dies unserem Ortsverband nicht.

Im Hinblick auf die am 12. August 2018 in Landsberg stattfindende Bürgermeisterwahl werden wir nun den Kandidaten der Vereinten Bürgerliste unterstützen und auch unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten dazu aufrufen, für den Landsberger Rechtsanwalt Steffen Müller ihre Stimme abzugeben.

Dieser hatte sich am 3. Juli bei unserer Stadtratsfraktion und Ortschaftsräten vorgestellt und seine Ziele den Parteimitgliedern, sofern er gewählt werden würde, dargelegt. Dabei überzeugte sein Konzept „Stark Handeln für Landsberg!“ die Anwesenden. Sehr gut kam sein Versprechen an, sich gleichermaßen für alle Ortschaften der Stadt einsetzen zu wollen. Mit Genugtuung nahmen unsere Genossen die beabsichtigten Schwerpunkte, die er im Falle seiner Wahl zum Bürgermeister angehen will, zur Kenntnis. Dazu gehören unter anderem die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in ganz Landsberg, eine intensive Unterstützung der Vereine und des Kulturlebens in allen Ortschaften sowie die Förderung des Standortes Landsberg für Handwerk, Wirtschaft, Handel und Gewerbe.

Er wies auf die dringende Notwendigkeit hin, die Ortschaftsräte zu stärken. Darüber hinaus kündigte er an, die Effizienz und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zu erhöhen. In den vergangenen Jahren hat Steffen Müller als Fraktionsvorsitzender der Landsberger Bürgerliste bei unserer Stadtratsfraktion ein hohes Maß an Vertrauen erworben.

Die endgültige Entscheidung unserer Genossen, die keinen eigenen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters stellen werden, zu Gunsten von Steffen Müller, fiel am 11. Juli in einer außerordentlichen Versammlung der Basisorganisation Landsberg, bei der auch unser Kreisvorsitzender, Alexander Sorge, und die ehemalige Landtagsabgeordnete Angelika Hunger zugegen waren.

Am 1. August trafen alle vier Bürgermeisterkandidaten vor mehreren hundert Interessierten aufeinander. Nach einer jeweils zehn Minuten langen Vorstellung der Kandidaten durften die Anwesen-

den ihre Fragen stellen. Dabei gehen neben Steffen Müller der amtierende, aber vorläufig des Amtes enthobene, Bürgermeister Olaf Heinrich und der noch politisch recht unerfahrene und weitgehend unbekannte Tobias Halfpap als parteilose Kandidaten ins Rennen. Des Weiteren bemüht sich die konservative SPD-Kandidatin Anja Werner, welche bereits von der Landsberger CDU unterstützt wird, um das Amt. Erstaunlicherweise war unter den Zuhörern an diesem Tag ein recht großer Anteil an Unterstützern von Heinrich zugegen, welcher mit durchaus linken Positionen und seinem Wahlprogramm „Für eine soziale Stadt“ um Stimmen wirbt. Weiterhin war unter den Zuschauern und den Kandidaten der Wunsch nach einer besseren Anbindung der Ortsteile an die Kernstadt zu spüren. Hierbei wurden unter anderem Radwege und taxiähnliche Busverbindungen zum Einkauf und zu Arztbesuchen als auch zum Bürgerservice der Stadt gefordert. Ersteres hatte die Linke im Stadtrat bereits im Herbst 2014 in Form eines Radwegkonzeptes als ersten Schritt gefordert. Dieser wurde sogar mehrheitlich im Stadtrat beschlossen, jedoch lässt deren Umsetzung zuerst wegen dem Dauerfeuer der Landsberger CDU auf die Rathauspitze, dann wegen einer fehlenden Rathauspitze und zum Schluss wegen mangelndem Interesse der Stadtverwaltung liegen. Die Linke in Landsberg wird demnächst genau diese Forderungen aus der Einwohnerschaft wieder verstärkt annehmen.

László Müller
BO Landsberg



Seit 1997 gibt es in Halle wieder eine CSD-Demonstration, welche gemeinsam mit „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ veranstaltet wird. Treffpunkt ist am Sonnabend, 8. September 2018, 11 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz.

Anschließend findet ein buntes CSD-Straßenfest von 13 bis 20 Uhr auf dem Marktplatz statt.

Vom 29.8. bis 9.9. gibt es begleitend eine bunte Mischung von Veranstaltungen verschiedener Träger.

Motto 2018:

Auf den Weg! Von Rechtsgleichheit zur Akzeptanz

Das diesjährige Motto soll eine Aufforderung sein, nicht nachzulassen im Engagement für die Anerkennung von geschlechtlich-sexueller Vielfalt. Es verweist darauf, dass rechtliche Gleichstellung die gesellschaftliche Anerkennung und Akzeptanz befördern kann, aber nicht das Ende von Diskriminierungen und Benachteiligungen bedeutet.

Die Öffnung der Ehe für alle, die Rehabilitierung der Opfer der §§ 175 und 151 sowie das BVG-Urteil zu einem dritten positiven Geschlechtseintrag sind große Schritte in Bezug auf Rechtsgleichheit. Aktuelle Studien wie auch unsere Erfahrungen aus der alltäglichen Praxis belegen jedoch, dass wir noch längst nicht in einer Gesellschaft leben, in der Jede*r ohne Angst verschieden sein kann.

Zudem gibt es auch im rechtlichen Bereich bedeutende Dinge, in denen weiterhin Benachteiligungen bestehen - wie die Ergänzung des Grundgesetzes um einen expliziten Diskriminierungsschutz in Bezug auf die sexuelle Identität oder eine selbstbestimmte Regelung der Vornamens- und Personenstandsänderung insbesondere für transgeschlechtliche Menschen.

Christopher Street Day
CSD
Halle (Saale)

8. September 2018 - Auf den Weg!
Von Rechtsgleichheit zur Akzeptanz

Straßenfest | 13-20 Uhr | Marktplatz Halle
Demo | 11 Uhr | Rosa-Luxemburg-Platz
Abschlussparty | ab 22 Uhr | Turm

Begegnungs- und Beratungszentrum **lebensart** e.V. Zentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität
AIDS-Hilfe Halle e.V. Spüren, Helfen, Stärken. Agentur für sexuelle Gesundheit

Der CSD Halle (Saale) 2018 wird gefördert vom Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).
Infos unter www.csdhalle.de

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

11.08.2018

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 06.09.2018

Zum Umgang mit der AfD

Teil 4: Zum Umgang mit der AfD an Schulen

Die AfD lehnt es ab, Kinder mit einem unterschiedlichen Bildungsniveau, z.B. auf Grund einer Behinderung, gemeinsam zu beschulen. Sie ist der Meinung, dass Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf „ideologisch motiviert“ ist. Es würde zu viel kosten und andere Kinder in ihrer Entwicklung hemmen. Eine über die Förderschule hinausgehende Beschulung und Integration von behinderten Kindern lehnt die Partei ab. Leider steht die AfD damit nicht alleine. Andere konservative Parteien stoßen hier in dasselbe Horn. Es zeigt sich hier einmal mehr, die AfD damit versucht Themen zu bespielen, die in der Gesellschaft großen Anklang finden.

Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten in Parlamenten:

* Wahlkampf unterbinden

o Laut Schulrecht sind in den letzten vier bis sechs Wochen vor Wahlen keine Unterrichtsbesuche und parteipolitische Veranstaltungen mehr möglich. Die Schulleitung kann mit Verweis auf das Schulrecht die Veranstaltungen absagen.

* Veranstaltungen gestalten

o Es sollte bei Veranstaltung in Schulen erkennbar sein, dass ein vielfältiges Meinungsspektrum abgebildet wird. Dazu gehören allgemeine Fragen zu Staat und Gesellschaft.

* Parteienwerbung verbieten, Parteiinhalte aufarbeiten

o An Schulen darf keine Parteienwerbung verteilt werden. Hier kann die Schulleitung von ihrem Hausrecht Gebrauch machen. Nichtsdestotrotz ist es sinnvoll, sich im Unterricht mit Publikationen auseinander zu setzen und diese zu besprechen.

* Für politische Ausgewogenheit sorgen

o Die Schule sollte dafür Sorge tragen, dass sie keiner Partei den Vorrang bei Einladungen im eigenen Haus erteilt, d.h. dass keine demokratisch gewählte Partei mehr oder weniger oft eingeladen werden sollte. Da es sich bei der AfD ebenfalls um eine demokratisch gewählte Partei handelt, sie jedoch undemokratische Positionen vertritt, muss eine Schule ihr keine Bühne bieten.

* Pädagogisch begleiten

o Parteipolitische Veranstaltungen sollten generell durch kompetentes Personal pädagogisch begleitet werden. Eine Nachbereitung einer Veranstaltung mit den Schüler*innen bietet die Chance, eine kritische Reflexion der politischen Debatte anzuregen.

* Sachliche und themenbezogene Diskussionen

o Sitzen AfD-Politiker im Podium, sollte der Moderator darauf achten, dass am Kern der Sache und vor allem mit Praxisbezug zum Unterrichtsthema diskutiert wird.

* Hilfe bei Veranstaltungsvorbereitung suchen

o Diskussionen mit Rechtspopulisten bedürfen einer gründlichen inhaltlichen und argumentativen Vorbereitung. Hierzu können außerschulische Kooperationspartner hinzugezogen werden, die u.a. Argumentationstrainings anbieten.

* Prävention statt Reaktion

o Für den nachhaltigen Umgang mit Rechtspopulisten sind präventive Maßnahmen notwendig. Hier sollten die Schüler*innen für rechtspopulistische Argumentationsmuster sensibilisiert werden.

* Fortbildung für Lehrkräfte

o Auch Lehrkräfte sollten für die Argumentationsmuster von Rechtspopulisten sensibilisiert werden. Zudem sollten sie an Fortbildungen über Ideologien der Ungleichwertigkeit teilnehmen. Für die Lehrkräfte ist wichtig, antisemitismus- und rassistuskritische Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

* Empowerment von Schüler*innen

o Besondere Aufmerksamkeit gilt von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Schüler*innen. Ihnen sollte die Möglichkeit geboten werden, sich mit der Diskriminierungserfahrung auseinanderzusetzen und auszutauschen und gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln.

* Medienkompetenz fördern

o Im Alltag spielt die mediale Kommunikation bei Kindern und Jugendlichen eine große Rolle. Deshalb sollte die Kompetenz gefördert werden, mediale Inhalte zu entschlüsseln, zu verstehen und einordnen zu können.

Zum Weiterlesen:

Michael Hammerbacher: Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen, www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Wissen/Rechtsextremismuspraevention_an_Schulen.pdf

Für alle, die den Beitrag gern nachlesen wollen. Die Broschüre „Positionen, Konfrontieren, Streiten: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ ist bei der Amadeu Antonio Stiftung erschienen.

In der nächsten Ausgabe geht es an dieser Stelle weiter mit dem Thema: Zur Kinder- und Jugendpolitik der AfD

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis

Große Anfrage zur Situation der Feuerwehren: Das Land muss den kommunalen Finanzrahmen für die Pflichtaufgabe Brandschutz aufstocken

Angesichts gestiegener Anforderungen bei den Hilfeleistungen und den Herausforderungen des demographischen Wandels stellte die Fraktion DIE LINKE eine Große Anfrage an die Landesregierung zur Situation der Feuerwehren im Land. Vor dem Hintergrund des aktuellen Einsatzgeschehens wurden die personelle Situation der Feuerwehren sowie Fragen der Ausbildung, der Mitgliedergewinnung, der Ausrüstung und der Ausstattung der Feuerwehren in das Blickfeld gerückt. Diese Bestandsaufnahme soll einen Beitrag dazu leisten, Handlungsbedarf zu erkennen, die Feuerwehren als ein zentrales Element der Gefahrenabwehr und Hilfeleistung zu stärken und zukunftsfähige Konzepte zu deren Weiterentwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

In einem Pressegespräch stellten unser Fraktionsvorsitzender Thomas Lippmann und unsere Sprecherin für Zivil- und Katastrophenschutz Katja Bahlmann heute die Ergebnisse der Großen Anfrage und entsprechende Schlussfolgerungen vor.

Allgemeine Schlussfolgerungen:

* Die vielfach geäußerte Wertschätzung der Landesregierung gegenüber den Feuerwehren lässt sich kaum an konkreten Taten messen.

* Die Freiwilligen Feuerwehren im Land Sachsen-Anhalt sind den wachsenden Herausforderungen personell auf Dauer nicht gewachsen.

* Das Land muss den Finanzrahmen der Kommunen für die Pflichtaufgabe Brandschutz aufstocken und deutlich mehr Verantwortung für die Entwicklung des Personalbestandes übernehmen.

Personalsituation der Feuerwehren:

* Rückgang der Mitglieder seit 2008 von 37.099 auf

31.787 (Absenkung um 15 %)

* seit 2012 starker Anstieg der Einsatzzahlen (von 20.448 Einsätzen auf 33.372 Einsätze in 2015, nach leichtem Rückgang 2016 auf 27.956 Einsätze übersteigt die Zahl der Einsätze in diesem Jahr teilweise bereits die Einsatzzahlen des Gesamtjahres 2017)

* 75% der Einsätze durch Freiwillige Feuerwehren

* künftig deutliche Mehrbelastung der Einsatzkräfte erwartbar; Auswirkungen bei angespannter Einsatzlage wie derzeit umso drastischer; Überbelastungen sind zu erwarten

Das Land muss die Kommunen mehr unterstützen, wenn Pflichtaufgabe Brandschutz dauerhaft erfüllt werden soll. In Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern muss eine hauptamtliche Kraft zweckgebunden für die Feuerwehren gefördert werden (Kostenfaktor: 880.000 Euro).

* Es gibt bisher keine Unterstützung für die Neugründung von Kinder- und Jugendfeuerwehren vom Land, nur bereits bestehende Feuerwehren erhalten eine Förderung

* Feuerwehren mit funktionierende Kinder- und Jugendarbeit haben erheblich weniger Nachwuchs-sorgen, doch Neugründung ist personell und finanziell aufwendig

Finanzielle Beteiligung des Landes an konkreten Projekten zur Neugründung von Kinder- und Jugendfeuerwehren (personelle und sächliche Ausstattung)

* Es bestehen Probleme bei der Anerkennung von Unfällen im Einsatzdienst; Unfälle im Einsatzdienst werden von der Unfallkasse oft nicht als solche anerkannt, da der Zusammenhang zum Einsatzgeschehen negiert und Vorerkrankungen als Ursache in Betracht gezogen werden.

Land hat hier laut Antwort auf die Große Anfrage Handlungsbedarf erkannt aber Konkretisierung notwendig

Aus- und Weiterbildung von Einsatzkräften – Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge:

* Der Bedarf an Lehrgängen am IBK ist deutlich höher als das Angebot; die schon länger währende Kritik der Feuerwehren über nicht ausreichende Kapazitäten wird bestätigt.

* Die vorhandenen Kapazitäten werden stark durch Berufsfeuerwehren der kreisfreien Städte genutzt, für Freiwillige Feuerwehren bestehen kaum Kapazitäten (Bsp. Zwei Plätze für den gesamten Burgenlandkreis mit 4.000 Feuerwehrleuten, Reduzierung desurses Höhenrettung in den letzten 5 Jahren von 22 auf 10). Bis 2020 Erhöhung des Personals und der Lehrgangskapazitäten für stark frequentierte Lehrgänge, Angebot muss Nachfrage weitestgehend abdecken

Öffentlichkeitsarbeit als Mittel zur Mitglieder-gewinnung:

* Ab 2019 sollen in Schulen Brandschutzerziehungstage durchgeführt werden. In den ländlichen Bereichen sind viele Feuerwehren personell nicht in der Lage, dieses Konzept umzusetzen.

Erweiterung des Kursangebotes des IBK für Lehrkräfte, die in den Schulen die Umsetzung des Brandschutzerziehungstages durchführen – Schnittstellen zu den Feuerwehren vor Ort und den Schulen schaffen – finanzielle Ausstattung der Kommunen für diese Aufgabe verbessern

* Der Tag der Feuerwehren: Auch hier gibt es keine finanzielle Unterstützung der Kommunen zur Ausrichtung des Tags im Rahmen der Mitglieder-gewinnungskampagne.

* Die Finanzausstattung der Kommunen lässt eine Erfüllung dieser Zusatzausgaben oftmals nicht zu, die Vereine haben zu wenig Geld und personelle Ausstattung für die Umsetzung.

* Die Wirksamkeit der Kampagne ist zweifelhaft. Stopp der Kampagne, Verwendung der Mittel für konkrete Projektarbeit der Feuerwehren zur Mitglieder-gewinnung und für Jugendarbeit

Ausstattung der Feuerwehren:

* Feuerwehren sind gut mit Grundausstattung ausge-

rüstet

* Manko: Digitalfunk (15660 Endgeräte BOS Digitalfunk müssen allein für die Feuerwehren bis Ende 2020 ausgetauscht werden)

Land muss Kosten für Umrüstung übernehmen. Anschluss an die Forderungen des Städte- und Gemeindebundes und des Landesfeuerwehrverbandes

* In Sachsen-Anhalt steht kein Löschflugzeug zur Brandbekämpfung aus der Luft zur Verfügung

* Kommunen sind angewiesen, bei gewissen Einsatzlagen die Löschhubschrauber der Bundespolizei anzufordern

* Aussagen der Kommunen: Verschwindend geringe Stückzahl

Land sollte reagieren, um in Extremlagen die Brandbekämpfung aus der Luft zu unterstützen

Nach einem Besuch der VR China stellt Genosse Egon Krenz ein Buch vor, das man einen politischen Reisebericht nennen muss. China auf seinem Weg zum Sozialismus.

Zum Thema:

"China, wie ich es sehe"

spricht Genosse Egon Krenz mit uns.

Wann: 23.08.2018, 16:30 Uhr

Wo: Kulturtreff Halle Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle

Kommunisten, Sozialisten, "Linksdenker" und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.

Rotfuchs Förderverein e.V.

Regionalgruppe Halle

PREISSKAT in Halle am Freitag, den 24. August 2018



Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150,

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.

Statt Pflichtdienst bessere Arbeits-, Ausbildungs- und Vergütungsbedingungen

In den vergangenen Tagen ist seitens der CDU eine bundesweite Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht entbrannt. Damit einhergehend kam es vielfach zu der Überlegung, einen allgemeinen Pflichtdienst für alle jungen Menschen einzuführen, der im sozialen Bereich oder bei der Bundeswehr absolviert werden kann. Unter anderem befürwortete Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff einen solchen Pflichtdienst. Die Fraktion DIE LINKE lehnt die Wiedereinführung eines Pflichtdienstes ab und wird zur ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause einen entsprechenden Antrag in das Plenum einbringen.

Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann:

„Personelle Engpässe sowohl bei der Bundeswehr als auch bei Organisationen und Einrichtungen in sozialen, kulturellen und anderen gesellschaftlichen Bereichen lassen sich nicht mit Zwangsdiensten schließen. Vielmehr müssen die strukturellen Ursachen für die personellen Defizite analysiert und beseitigt werden.

Insbesondere hat der Umbau der Bundeswehr zu einer international agierenden Interventionsarmee deren Akzeptanz als Arbeitgeber deutlich verschlechtert. Diese Entwicklung, die politisch kontrovers diskutiert wird, über eine Wehrpflicht personell abzusichern, widerspricht den Interessen der gesamten Gesellschaft und der davon persönlich Betroffenen.

Der Rückbau staatlicher Verantwortung, die Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen und die verbreitete Privatisierung der sozialen Infrastruktur haben zusammen mit der anhaltend geringen Geburtenrate erhebliche Defizite im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entstehen lassen. Dies führt einerseits zu prekären Situationen, z. B. von Pflegebedürftigen, und andererseits zu schlechten Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen. Personal-mangel kann hier nur mit guter Ausbildung, guten Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherheit für die Betroffenen, nicht aber durch die Einführung von Zwangsdiensten beseitigt werden. Für Menschen, die

jenseits ihrer Ausbildung und beruflichen Entwicklung zusätzlich gesellschaftlich tätig werden wollen, müssen freiwillige Angebote stärker staatlich unterstützt und finanziell besser abgesichert werden. Dazu zählt auch die bessere gesellschaftliche Wertschätzung solcher Tätigkeiten, wie z.B. bei der Betreuung geflüchteter Menschen in unserem Land.

Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung daher auf, gegenüber der Bundesregierung und dem Bundesrat auf folgende Entwicklung hinzuwirken:

Die Wiedereinführung von militärischen und/oder zivilen Pflichtdiensten ist abzulehnen, um einer selbstbestimmten Berufs- und Lebensplanung junger Menschen nicht entgegen zu wirken.

Für gesellschaftlich notwendige Arbeit insbesondere in sozialen Einrichtungen sind bessere Arbeits-, Ausbildungs- und Vergütungsbedingungen zu schaffen und durchzusetzen.

Die Angebote freiwilliger und gemeinwohlorientierter Arbeit für Menschen aller Altersgruppen, die im Bereich von sozialen Organisationen, internationaler Zusammenarbeit, kultureller und Umweltarbeit jenseits von Ausbildung und Erwerbsarbeit tätig werden wollen, sind attraktiver zu gestalten und auszuweiten.

Magdeburg, 9. August 2018



**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
August Geburtstag haben.



DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Die Welt von Atomwaffen befreien

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen,
„Hiroshima und Nagasaki mahnen, die Menschheit
von der Geißel der Atomwaffen zu befreien. Ange-
sichts der Vielzahl internationaler Konflikte ist diese
Mahnung aktuell. Deutschland muss die nukleare
Teilhabe unverzüglich beenden und den Abzug aller
US-Atomwaffen aus Deutschland in die Wege leiten“,
erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Fraktions-
vorsitzende und Sprecherin für Abrüstungspolitik der
Fraktion DIE LINKE. Dagdelen weiter:

„Die Abwürfe zweier US-Atombomben auf die japa-
nischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und am
9. August 1945 haben Hunderttausende getötet und
verletzt. Auch 73 Jahre später leiden und sterben
Menschen an den Spätfolgen der Explosionen. Es ist
höchste Zeit, dass diese Waffen endgültig geächtet
und abgeschafft werden.

Entgegen vergangener Ankündigungen aus der Bun-
desregierung sollen auch die in Deutschland verblie-
benen US-Atomwaffen nicht abgezogen, sondern
durch modernere ersetzt werden. Atombomben unter
der Kontrolle von Donald Trump, der mit ihrem
Einsatz bereits gedroht hat und hunderte Milliarden in
ihre Modernisierung investieren will, sind kein Beitrag
zu unserem Schutz, sondern ein enormes Sicherheits-
risiko. Ein Abzug dieser gefährlichen Massenvernich-
tungswaffen ist daher überfällig. Deutschland darf
nicht länger Ausgangsort oder militärisches Dreh-
kreuz in den nuklearen Kriegsplänen Washingtons
sein. DIE LINKE fordert die unverzügliche Beendi-
gung der nuklearen Teilhabe und den Abzug aller US-
Atomwaffen aus Deutschland.

Über zwei Drittel der Mitglieder der Vereinten Natio-
nen haben einen UN-Vertrag über ein Verbot von
Atomwaffen beschlossen und sich verpflichtet, keine
Atomwaffen zu entwickeln, zu besitzen, zu lagern, zu
stationieren oder zu finanzieren. Es war falsch, die

Verhandlungen der Vereinten Nationen über ein Ver-
bot von Atomwaffen zu boykottieren. Deutschland
sollte sich dieser hoffnungsvollen Mehrheit endlich
anschließen und den UN-Vertrag unterzeichnen. Nur
wer selbst bereit ist, auf Atomwaffen zu verzichten,
kann von anderen verlangen, dass sie dies auch tun.“

Am 18. August, 10 Uhr, findet am Thälmann-
Denkmal in der Prof.-Friedrich-Hoffmann-Straße
ein Meeting aus Anlass seines Todes statt.

Spahns `Weiter so´ gefährdet die Versorgungsqualität in Krankenhäu- sern

„Ein weiteres Mal werden die unhaltbaren Zustände
an deutschen Krankenhäusern deutlich, wenn das
Sterberisiko beispielsweise bei einer Bauchaorten-
OP davon abhängig ist, wie und in welchem Kranken-
haus operiert wird. Eine der Möglichkeiten zur Ver-
besserung wäre, bundesweit einheitliche Standards
für die Pflegequalität an Krankenhäusern einzuführen,
die Bundesregierung schreibt jedoch den Ist-Zustand
einfach fort“, erklärt Harald Weinberg, gesundheits-
politischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE,
anlässlich der heutigen Vorstellung des Barmer-
Krankenhausreports 2018. Weinberg weiter:

„Spahn verkündete Anfang Juli: `Wir haben verstan-
den, was in der Pflege los ist. Und machen etwas
dagegen!´. Damit steht er bei den Pflegekräften und
den Patienten im Wort. Die Änderungen im Kabinetts-
entwurf zum Pflegepersonalstärkungsgesetz sorgen
aber nur für eine Fortschreibung des Ist-Zustands,
statt den Krankenhäusern Vorgaben bezüglich der
Personalausstattung zu machen. Die Maßnahmen sind
untauglich und sollten aus dem Gesetz entfernt wer-
den.

Ein Prozent Zuwachs an Pflegekräften reicht nicht aus,
um die Qualität zu verbessern. Ein `Weiter so´ gefähr-
det die Versorgungsqualität, das Ruder muss drin-
gend rumgerissen und der richtige Kurs eingeschlagen
werden. Überfällig ist ein pflegewissenschaftlich er-
stelltes Personalbemessungssystem, das Vorgaben in
Form von Pflegekraft-Patienten-Verhältniszahlen je
Station und Schicht enthält.“